



Presseschau vom 12.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipp:

Irina Alksnis: Nord Stream 2: Polen rettet die Pipeline

Mit den 6,5 Milliarden Euro Strafe gegen Gazprom ist Warschau offenkundig über das Ziel hinausgeschossen. Denn verärgert wurde damit nicht nur der russische Energiekonzern. Auch seine europäischen Partner zeigen wenig Verständnis für die polnische Maßnahme. Selbst die EU-Führung ist sichtlich erstaunt über die Höhe des Bußgeldes. ...

<https://sptnkne.ws/DWDS>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Nach Beschluss zur Waffenruhe: Bergkarabach meldet Abwehr von aserbaidischem Angriff**

Die Verteidigungsarmee von Bergkarabach hat am Sonntag via Facebook bekanntgegeben, einen Angriff der aserbaidischen Streitkräfte in nordöstlicher Richtung abgeschlagen zu haben.

„Die Einheiten der Verteidigungsarmee haben einen Angriffsversuch der gegnerischen Streitkräfte gestoppt, wobei zwei Panzerfahrzeuge zerstört und große Kräfteeinbußen verursacht wurden“, heißt es in der Facebook-Notiz.

Am Freitag hatten in Moskau auf Initiative des russischen Präsidenten Wladimir Putin Beratungen zwischen den Außenministern Russlands, Armeniens und Aserbaidischans zu der Lage in der Region Bergkarabach stattgefunden. Die Gespräche hatten mehr als zehn Stunden

gedauert und waren damit die längsten Verhandlungen in den letzten 20 Jahren. Als Ergebnis dieser Gespräche wurde ein Waffenstillstand in der Konfliktregion um Bergkarabach vereinbart. Dieser gilt seit 12 Uhr (Ortszeit) am 10. Oktober und soll den Seiten erlauben, Kriegsgefangene und Gefallene unter Vermittlung des Roten Kreuzes auszutauschen. Zusätzliche Bedingungen werden später bestimmt. ...

wpered.su: **Charzysker Kommunisten schickten humanitäre Hilfe für ein Donezker Kinderhaus**

Am letzten Donnerstag, dem 1. Oktober, hat die Frauenorganisation „Nadeshda Donbassa“ gemeinsam mit den Charzysker Kommunisten der DVR zum dritten Mal humanitäre Kleiderhilfe für ein Donezker Kinderhaus sowie in den Petrowskij-Bezirk von Donezk (wo die Abgrenzungslinie verläuft) und wo friedliche Menschen warme Kleidung benötigen, geschickt.

Ein kurzer Exkurs: Seit dem Jahr 2014 haben Einwohner von Charzysk ihren Beitrag zum Widerstand gegen die ukrainischen Truppen geleistet. In das kämpfende Slawjansk wurden Autos mit Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten, Kleidung geschickt. Kinder, alte Leute, Schwangere wurden herausgebracht. Später haben Einwohner der Stadt Dutzende von Tonnen von humanitärer Hilfe in Form von Kleidung und Lebensmitteln gesammelt und nach Ilowajsk, Debalzewo, Donezk, die Siedlungen Schirokij und Sujewka geschickt.

Während der Kriegshandlungen vergisst die Frauenorganisation „Nadeshda Donbassa“ gemeinsam mit den Kommunisten der DVR der Stadt Charzysk unsere Verteidiger nicht. An der vordersten Front versorgt sie ihre Pateneinheit „Patriot“ mit verschiedenen hausgemachten Delikatessen, Gegenständen des täglichen Lebens. Die Frauen stricken warme Socken, Schals, Mützen und die Kinder zeichnen Bilder und schreiben Briefe für unsere Verteidiger. Zum Wärmen der Unterstände übergeben die Charzysker Matratzen, Teppiche, Federbetten und Kissen.

„Näher zu Neujahr hin beginnt die 15. Übergabe an unsere Verteidiger an die Front“, erzählt die Kommunistin Jelena Podtschernina der Zeitung „Rodina“. „Ich möchte allen nicht gleichgültigen Einwohnern der Stadt, die an der Sammlung dieser Sachen beteiligt waren, danken und sagen, dass unsere geliebte Stadt die beste ist! Wir werden weiter Gutes tun.“

de.sputniknews.com: **Weißrussland: Dutzende Protestler in Minsk von Polizei festgenommen – Behörde**

Mehrere Dutzend Demonstranten sind am Sonntag in Minsk bei einer nicht erlaubten Protestaktion festgenommen worden. Dies teilte Natalja Ganusewitsch, die Sprecherin der Städtischen Hauptabteilung für innere Angelegenheiten des Exekutivkomitees Minsk, der Agentur RIA Novosti mit.

„Mehrere Dutzend Teilnehmer einer nicht genehmigten Massenveranstaltung in Minsk sind festgenommen worden. Sie wurden zur Untersuchung auf die Territorialpolizeistationen gebracht“, sagte Ganusewitsch.

Allein in die Oktjabrski-Bezirksverwaltung für innere Angelegenheiten in Minsk hätten Polizeibeamte 26 Demonstranten und etwa 20 Journalisten gebracht, berichtete ein Korrespondent von RIA Novosti vor Ort.

Am Sonntag veranstaltete die Opposition in Minsk die nicht genehmigte Protestkundgebung „Marsch des Stolzes“. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/06/327889021_0:271:3072:1933_1000x080_0_1_ed2c0efa54781b1706f952598c38d4d2.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: **Für 2023 angekündigt: Russische Drohne zur Rettung vermisster Menschen**

Eine russische schwere, vertikalstartende Drohne, die zunächst für den Transport von Gütern und das Besprühen von Böden vorgesehen war, kann mittels eines Systems der Satellitennavigation auch für die Rettung von Menschen eingesetzt werden. Dies teilte der Direktor des Unternehmens „Aviareschenija“ (zu dt.: „Luftlösungen“), Dmitri Arsentjew, mit. „Die neue Plattform ist in einer frühen Entwicklungsstufe“, sagte Arsentjew. 2023 soll sie fertig sein.

„In Zukunft könnte sie es ermöglichen, eine Person aus einer menschenleeren Gegend wegzubringen wie einem Feld, Waldgebiet oder sogar Moor.“

Dank der Drohne kann die Evakuierung viel schneller und ohne zusätzliche menschliche Kräfte erfolgen.

Arsentjew erläuterte, dass bereits aktive Kleindrohnen bei der Suche von Menschen eingesetzt werden. Wenn der Aufenthaltsort eines Menschen bekannt ist, würde eine Expedition zu ihm geschickt. Sie müsse mehrere Stunden bis einige Tage aufwenden, um den Vermissten zu erreichen.

Die neue Drohne wird demnach mit einer speziellen Halterung versehen sein, die eine Person mit einem Gewicht von bis 200 Kilogramm bergen und transportieren kann. Als einzige Einschränkung gilt der Gesundheitszustand. Bei Verletzungen oder Bewegungseinschränkungen sei ein Arzt notwendig. In so einem Fall kann die Maschine einen Mediziner zum Fundort einer vermissten Person bringen.

„In solchen Situationen ist die neue Plattform ein effektiveres Mittel, als traditionelle Instrumente wie Hubschrauber oder Landsuchoperationen.“

Trotz ihrer Größe braucht die Drohne für ihren Start keine Startbahn und für die Landung ist nur ein kleiner Platz erforderlich. Außerdem kann die Drohne in einer sicheren Distanz vom Boden schweben.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 11. Oktober 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Gleichzeitig werden auf dem von den BFU kontrollierten Territorium weiter Detonationen von Sprengvorrichtungen registriert:

- um 11:00 im Gebiet von Luganskoje.

de.sputniknews.com: **Maas erwägt EU-Sanktionen gegen Lukaschenko**

Nach einem Vorschlag von Bundesaußenminister Heiko Maas soll die EU nach Strafmaßnahmen gegen weißrussische Beamte nun auch den Präsidenten des Landes, Alexander Lukaschenko, persönlich mit Sanktionen belegen.

„Die Gewalt geht weiter. (...) Es gibt nach wie vor Verhaftungen von friedliebenden Demonstranten“, sagte der SPD-Politiker am Montag am Rande von Beratungen der EU-Außenminister in Luxemburg. Er habe deswegen vorgeschlagen, ein neues Sanktionspaket auf den Weg zu bringen. „Zu den Personen, die dann sanktioniert werden, soll auch Lukaschenko gehören.“

Bislang war Lukaschenko nicht unter denjenigen Personen, die die EU wegen angeblicher Wahlfälschungen und der gewaltsamen Reaktion auf bürgerliche Proteste sanktioniert hat. Als Grund wurde genannt, dass Sanktionen gegen Lukaschenko persönlich die diplomatischen Bemühungen zur Beilegung des Konflikts erschweren könnten und der EU die Möglichkeit nähmen, ihren Kurs noch einmal zu verschärfen. ...



https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0a/0c/328134512_0:342:2856:1888_1000x0_80_0_1_769ec579c81865fd1a69eeb64f5344d6.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 11. Oktober 3:00 Uhr bis 12. Oktober 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verstöße von Seiten der BFU 1.

Auf das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen geschossen:

Richtung Donezk: Antipanzerlenkraketen – 1 mal (3 Raketen).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Donezk (Flughafen).

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Baku wirft Jerewan Beschuss bei Bergung von Leichen vor**
Aserbaidschan wirft Armenien vor, aserbaidchanische Militärs am Freitag nach dem

Inkrafttreten der Waffenruhe während der Bergung der Leichen von Armeniern beschossen zu haben.

Wie der aserbaidische Generalstaatsanwalt Kamran Alijew auf einer Pressekonferenz am Wochenende sagte, versuchten Mitarbeiter gemeinsam mit den Militärs aus humanitären „Im Zuge des Beschusses durch die armenische Seite wurde ein aserbaidischer Arzt verletzt“, informierte Alijew. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/09/328127323_0:225:2952:1823_1000x080_0_1_9e9a78b198bc47b0e31e0994e5537d02.jpg

de.sputniknews.com: **EU verlängert Sanktionen wegen angeblicher C-Waffen-Einsätze bis 2021**

Der Europäische Rat hat am Montag alle Sanktionen gegen russische und syrische Bürger verlängert, die angeblich in Einsätze von chemischen Waffen verwickelt sind.

„Der Rat hat heute die Verlängerung der Ordnung beschlossen, die der EU erlaubt, restriktive Maßnahmen gegen Personen und Organisationen zu verhängen, die in die Entwicklung und den Einsatz von chemischen Waffen verwickelt sind“, hieß es in der Mitteilung.

Die Sanktionen werden bis 16. Oktober 2021 verlängert. Das Ziel der Maßnahmen sei es, der Verbreitung und dem Einsatz von C-Waffen entgegenzuwirken, da diese eine ernste Bedrohung für die internationale Sicherheit darstellen.

Derzeit seien mit diesen Sanktionen neun Personen belegt – „fünf stehen im Zusammenhang mit dem syrischen Regime und vier waren in die Salisbury-Attacke mit dem Nervengift ‚Nowitschok‘ verwickelt“.

Darüber hinaus sei eine Organisation betroffen – das syrische staatliche Forschungsinstitut „Scientific Studies and Research Center“ (SSRC, auch als CERS bekannt), das Forschungsaktivitäten im ganzen Land koordiniert. Dem SSRC wird vorgeworfen, an der Entwicklung von chemischen Waffen beteiligt zu sein.

Zu den Sanktionen zählen Reiseverbote in die EU und das Einfrieren von Vermögen. Desweiteren ist es Personen und Organisationen in der EU untersagt, den Betroffenen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Lug-info.com: In der DVR sind am 12. Oktober um 9:00 Uhr 1225 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 872 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 55 Todesfälle.

deu.belta.by: **Kettenreaktion im ersten Energieblock des BelAKW erfolgreich gestartet**
Im Reaktor des ersten Energieblocks des Belarussischen Atomkraftwerkes wurde die erste Kettenreaktion gestartet. Das gab der Pressedienst des Energieministeriums der

Nachrichtenagentur BelTA bekannt.

„Gemäß dem Plan wurde die Kettenreaktion im ersten Energieblock erfolgreich gestartet. Die Reaktoranlage wird auf ein minimales geregeltes Leistungsniveau gebracht“, informierte der Pressedienst.

In naher Zukunft wird im ersten Block eine Reihe von Studien durchgeführt werden, um die Zuverlässigkeit des gesamten Systems der nuklearen physischen Kontrolle und der nuklearen Sicherheit der Reaktoranlage zu bestätigen. Die nächste Etappe wird die Inbetriebnahme des ersten Energieblocks und seine Einbeziehung in das Stromsystem des Landes sein.

Das Belarussische AKW ist ein Projekt zum Bau des Atomkraftwerkes vom Typ WWER-1200, das 18 km von Ostrowez (Gebiet Grodno) gemäß dem russischen Projekt AKW-2003 Generation 3+ umgesetzt wird. Der Generalauftragnehmer des Baus des BelAKW ist Rosatom.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000021_1602486352_53160_big.jpg

Mzdnr.ru: Am 11. Oktober wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektionen durchgeführt, da das Laboratorium gewartet und desinfiziert wurde.

Am 12. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 4556 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2029 Patienten sind derzeit in Behandlung, 2238 als gesund entlassen, es gibt 289 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Nach Treffen mit Lukaschenko: Unterbindungsmaßnahme gegen zwei weißrussische Oppositionelle geändert**

Nach einem Treffen des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko mit Oppositionellen am Samstag im Untersuchungsgefängnis des Geheimdienstes KGB ist am Sonntag die Unterbindungsmaßnahme gegen zwei Inhaftierte geändert worden. Dies teilte der staatliche Fernsehsender Belarus 1 am Sonntag mit.

Bei der Unterredung sei es um Fragen der Verfassung gegangen, hieß es.

„Wie bekannt wurde, ist heute die Unterbindungsmaßnahme gegen den Direktor des Unternehmens PandaDoc, Dmitri Rabzewitsch, und den Politologen Juri Woskressenski geändert worden“, so der Sender.

Wie Woskressenski im Interview mit dem Fernsehsender sagte, seien die Machtbehörden zu einem Dialog bereit - nicht nur mit Worten sondern auch mit Taten. Dem Oppositionellen zufolge ist er bei dem Treffen mit Lukaschenko beauftragt worden, mit der Vorbereitung alternativer Vorschläge zur Verfassungsänderung zu beginnen. Er solle auch seine Auffassung zu weiteren Schritten der Machtbehörden hinsichtlich der Freilassung von Personen darlegen, die „in sozialer Hinsicht nicht so gefährlich für unser Land sind, wie es in der ersten Etappe schien“.

Bei der Zusammenkunft im Untersuchungsgefängnis waren auch der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Belgazprombank, Ex-Präsidentschaftskandidat Viktor Babariko und sein Sohn Eduard, die Präsidiumsmitglieder des Koordinierungsrats der Opposition, Lilia Wlassowa und Maxim Snak, wie auch weitere Vertreter der Opposition dabei, die sich derzeit in Gewahrsam befinden.

Die Oppositionellen waren während bzw. nach der Präsidentenwahl-Kampagne festgenommen worden und sitzen seitdem in Untersuchungshaft.

Die weißrussische Opposition besteht auf eine Verfassungsreform und hat wiederholt gefordert, die Verfassung der Republik vom Jahr 1994 wieder in Kraft zu setzen. Damit solle unter anderem die Zahl der Amtszeiten eines Präsidenten beschränkt werden.

Nach den Präsidentenwahlen am 9. August, in deren Ergebnis Alexander Lukaschenko sich zum sechsten Mal in Folge zum Wahlsieger hatte ausrufen lassen, begannen Massenproteste. Vor dem Hintergrund der Protestaktionen erklärte Lukaschenko, die Machtbehörden würden sofort Reformen einleiten, wenn die Weißrussen es wollten. Danach begann eine intensive Arbeit zur Erneuerung des Grundgesetzes. Lukaschenko erklärte, dass der Verfassungsentwurf vor einem Referendum in einer Volksausprache diskutiert werden solle.

Laut Lukaschenko wird derzeit eine dritte Fassung des Dokuments erstellt, weil die beiden ersten Fassungen ihm nicht passen würden. Der Präsident teilte am Freitag mit, dass in einer gesamtweißrussischen Volksversammlung über den Verlauf der Arbeit am Grundgesetz berichtet werden soll.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Unter mit „Sputnik V“ geimpften Freiwilligen gibt es keine Infizierten – Chef von Gamaleja-Zentrum**

Unter 2000 Freiwilligen, die mit dem „Sputnik V“-Impfstoff geimpft worden sind, gibt es keine Infizierten mit dem Coronavirus. Das gab am Montag der Direktor des Gamaleja-Instituts für Epidemiologie und Mikrobiologie, Alexander Ginzburg, gegenüber Sputnik bekannt.

Zuvor waren im Netz Informationen aufgetaucht, denen zufolge es angeblich glaubwürdige Fälle der Corona-Krankheit nach der ersten und zweiten Vakzinierung mit dem „Sputnik V“-Impfstoff nach Kontakt mit Infizierten gegeben haben soll, obwohl offenbar Antikörper im Blut entstanden seien.

Laut Ginzburg gilt man am 21. Tag nach der zweiten Verabreichung von „Sputnik V“ als geimpft. „Bedeutet das, dass man krank wird? Sie gelten nach der ersten Impfung nicht als geimpft.“ Denn die Bildung der Antikörper beginnt ihm zufolge am vierten oder fünften Tag, im besten Fall am 15. Tag. Und ab dem 21. bis 28. Tag bleiben sie laut Ginzburg konstant. Erst nach der zweiten Impfung, also am 42. Tag nach der ersten Vakzinierung, gilt man als geimpft. „Ist jemand am 42. Tag krank geworden?“

Ginzburg rief dazu auf, die Begriffe „erkranken“ und „infiziert sein“ nicht zu verwechseln. „Etwa 2000 sind bereits mit dem ersten und zweiten (Impfstoff) geimpft. Unter ihnen gibt es keine (Infizierten). Gibt es einen Infizierten? Ich weiß nichts davon“, fügte er hinzu.

dnr-sckk.ru: Trotz der zuvor gewährten Sicherheitsgarantien haben die BFU mit 82mm-Mörsern eine Reparaturbrigade, bei der sich auch Beobachter der DVR im GZKK und Vertreter technischer Dienste der Volksmiliz der DVR befanden, beschossen, während Reparaturarbeiten zum Wiederaufbau von Eisenbahngleisen an der Strecke „Station „Donezk“ - Station „Donezk-Sewernyj“ - Station „Jasinowataja“ durchgeführt wurden.

Die Reparaturarbeiten wurden beendet. Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer. Genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **Russland weist zwei bulgarische Diplomaten aus**

Als Reaktion auf die Erklärung zweier Mitarbeiter der russischen Handelsvertretung in Bulgarien zu Personae non gratae weist Russland zwei bulgarische Diplomaten aus.

Dies gab das russische Außenministerium am Montag bekannt.

„Am 12. Oktober wurde der bulgarische Botschafter Atanas Krastin ins russische Außenministerium einbestellt, wo ihm eine Note über die Erklärung zweier Mitarbeiter der bulgarischen Botschaft in Moskau zur Personae non gratae gereicht wurde“, hieß es von dem Ressort.

Dieser Schritt sei eine „angemessene Antwort“ auf die unmotivierte Entscheidung bulgarischer Behörden, zwei Stellvertreter des russischen Handelsvertreters in Sofia auszuweisen, so das Außenministerium weiter.

Die Ausweisung der Russen wurde am 23. September bekannt. Laut Angaben der bulgarischen Staatsanwaltschaft sammelten die zwei Mitarbeiter Informationen über die Modernisierung der bulgarischen Armee. Diese vertraulichen Daten hätten sie dann an Moskau übergeben, hieß es.

Laut russischen Diplomaten hat Bulgarien bislang keine Beweise vorgelegt.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0c/328135361_0:270:3078:1934_1000x080_0_1_993ed4296369307dc46787fb5a5d72eb.jpg

de.sputniknews.com: **EU bringt im Fall Nawalny Russland-Sanktionen auf den Weg**

Die EU bringt nach dem angeblichen Giftanschlag auf den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny neue Russland-Sanktionen auf den Weg.

Die Außenminister der EU-Staaten einigten sich am Montag bei einem Treffen in Luxemburg darauf, mit den notwendigen Vorbereitungen zu beginnen, wie die Deutsche Presse-Agentur von mehreren Diplomaten erfuhr.

Deutschland und Frankreich hatten zuvor gemeinsam EU-Strafmaßnahmen vorgeschlagen. Sie begründeten den Schritt damit, dass Russland Aufforderungen zu einer lückenlosen Aufklärung der Tat bislang nicht nachgekommen sei.

Bislang sei von Russland keine glaubhafte Erklärung zu dem Mordversuch geliefert worden, hatte es in einer Erklärung geheißen. Daher sei man der Ansicht, „dass es keine andere plausible Erklärung für die Vergiftung von Herrn Nawalny gibt als eine russische Beteiligung und Verantwortung“.

Die Strafmaßnahmen sollen nach den Plänen der beiden Länder auf Einzelpersonen abzielen, „die aufgrund ihrer offiziellen Funktion als verantwortlich für dieses Verbrechen und den Bruch internationaler Rechtsnormen gelten, sowie auf eine Einrichtung, die in das Nowitschok-Programm eingebunden ist“. Details wurden bislang nicht genannt.

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) sagte in Luxemburg, die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) habe bestätigt, dass es sich bei der Vergiftung Nawalnys um

einen Verstoß gegen das Chemiewaffen-Übereinkommen handle. Dies könne nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Causa Nawalny

Der russische Blogger und Kremlkritiker Alexej Nawalny war am 20. August auf einem Inlandsflug ohnmächtig geworden. Er wurde zunächst in einem Omsker Krankenhaus behandelt und dort in ein künstliches Koma versetzt. Örtliche Ärzte stellten bei dem Blogger schwere Stoffwechselstörungen und einen extrem hohen Zuckerwert im Blut fest. Die Ursache war zunächst unklar. Aber in jedem Fall konnten weder im Blut noch im Urin Gifte jeglicher Art nachgewiesen werden.

Der 44-Jährige wurde später auf Drängen seiner Familie in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt. Kurz danach erklärte die Bundesregierung unter Berufung auf Militärmediziner, dass Nawalny mit einem Nervenkampfstoff der Nowitschok-Gruppe vergiftet worden sei. Später gab Deutschland alle Unterlagen im Fall Nawalny an die OPCW weiter.

Anfang September wurde Nawalny aus dem Koma geholt und bereits am 23. September aus der Berliner Charité entlassen.

OPCW-Bericht

Vor einigen Tagen hatte die OPCW bekanntgegeben, dass die in den biomedizinischen Proben von Nawalny gefundenen Substanzen nicht auf der Liste der verbotenen Substanzen stehen würden. Sie seien nach ihren Eigenschaften denen von Nowitschok ähnlich.

Experten zufolge bestätigten die Untersuchungsergebnisse, dass die beim Patienten identifizierten Biomarker des Cholinesterase-Hemmers ähnliche strukturelle Eigenschaften aufweisen wie die toxischen Chemikalien der Listen 1.A.14 und 1.A.15. Der OPCW-Bericht enthielt jedoch keine Erwähnung eines Nervenkampfstoffs.

Dennoch erklärte der britische Außenminister, Dominic Raab, dass sich aus seiner Sicht die Schlussfolgerungen der Organisation auf einen Nervenkampfstoff bezogen hätten. Er verwies erneut auf Londons Absicht, „Moskau (für den Vorfall mit Nawalny – Anm. d. Red.) zur Rechenschaft zu ziehen“.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 12.10.2020

In den letzten 24 Stunden haben Kämpfer der BFU **eine Feuerprovokation** in Richtung Donezk durchgeführt.

Von den Positionen des 37. Bataillons der 56. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Opytnoje wurden drei Antipanzerlenkraketen auf das **Gelände des Donezker Flughafens** abgefeuert.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen, dass die OSZE-Mission Militärtechnik, die von Einheiten der BFU auf dem Gebiet von Ortschaften stationiert ist, entdeckt, hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ General Sodol den Brigadekommandeuren die Aufgabe gestellt, einen **Maßnahmeplan zur Verhinderung der Entdeckung von Technik durch Beobachter der Mission** zu erarbeiten und vorzulegen. Die Hauptaufmerksamkeit soll der **Bekämpfung von Drohnen der OSZE** durch Blockade durch Mittel der elektronischen Kriegsführung, der Verminung von Routen von Patrouillen der Mission sowie der Vernichtung von Videokameras mit beliebigen Mitteln bis hin zu zum Einsatz von Antipanzerlenkraketen gelten.

Nach Angaben unserer Aufklärung wurde im Rahmen des **bevorstehenden Besuchs von Selenskij in der OOS-Zone** als einer der Einheiten, die vom Präsidenten besucht werden sollen, die 36. Marineinfanteriebrigade gewählt. Im Zusammenhang damit hat der Brigadekommandeur Gnatow den Bataillonskommandeuren die Aufgabe gestellt, befestigte Objekte und das Territorium zum Besuch Selenskij vorzubereiten, dabei wird alles Notwendige, um Ordnung zu schaffen, vom Personal auf eigene Kosten gekauft.

Außerdem wurde auf Anweisung des Kommandeurs der OOS Krawtschenko in der Brigade

eine beispielhafte Isolierstation organisiert, wo Soldaten mit Anzeichen einer Coronavirusinfektion behandelt werden. Zum diesem Zweck wurde medizinisches Personal aus der 53. 35. und 79. Brigade für die Zeit des Besuchs des Präsidenten zur 36. Brigade hinzukommandiert.

Außerdem haben zur Gewährleistung der Sicherheit beim Besuch des Präsidenten in den Einheiten in Richtung Mariupol zwei mobile Gruppen der elektronischen Kriegsführung aktiv zu arbeiten begonnen, einer aus einer Kompanie für elektronische Kriegsführung des Verbandes, die zweite aus dem 20. Bataillon für elektronische Kriegsführung.

Wir bemerken weiter eine **Zunahme der Zahl der an der Coronavirusinfektion Erkrankten unter den Soldaten** der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“.

In den letzten 24 Stunden wurde im 503. Marineinfanteriebataillon die Diagnose bei vier Soldaten bestätigt. Angesichts des Fehlens von Plätzen zur Unterbringung der Kranken hat der Kommandeur der 35. Brigade Palas entschieden, eine Gruppe aus Soldaten mit Anzeichen von Erkältungskrankheiten zu bilden, um sie dann 10 bis 14 Tage lang auf die Frontpositionen zu schicken und sie so zu isolieren, um eine Ausbreitung der Infektion in den Einheiten zu verhindern.

Einwohner von Awdejewka und Werchnetorekoje, die die Ausschreitungen der ukrainischen Soldaten leid sind, haben sich mit schriftlichen Beschwerden über die Kämpfer der 54. Brigade an den militärischen Rechtsordnungsdienst gewandt und gefordert, ihnen zu verbieten, das Gebiet des Truppenteils zu verlassen. Anlass für die Beschwerde war ein weiterer Vorfall, der von sieben Soldaten eines Panzergrenadierbataillons der 54. Brigade verursacht wurde, die in der Nacht vom 9. auf den 10. Oktober eigenmächtig den Dienstort verließen und nach Awdejewka fuhren, wo sie müßig ihre Zeit verbrachten und dabei Alkohol mit einer Gruppe von Zivilisten tranken. Vor dem Hintergrund unmäßigen Alkoholkonsums kam zwischen den Kämpfern und den Zivilisten ein Konflikt auf, der in eine Prügelei überging, deren Ergebnis eine Stichverletzung am Bauch bei einem der Zivilisten war. Inzwischen haben Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes und der Polizei eine Suche nach den Soldaten organisiert.

de.sputniknews.com: „**Umsetzung äußerst wichtig**“: **Kreml zur Waffenruhe-Vereinbarung für Bergkarabach**

Vor dem Hintergrund der jüngsten Berichte über die Verstöße gegen die Waffenruhe in der Konfliktregion Bergkarabach nach der in Moskau erreichten Vereinbarung eines humanitären Waffenstillstands zwischen Armenien und Aserbaidschan hat sich Kremlsprecher Dmitri Peskow am Montag gegenüber Journalisten zu dem Thema geäußert.

„Wir schätzen allein die Tatsache hoch, dass zwei Minister (die Außenminister Armeniens und Aserbaidschans – Anm. d. Red.) auf die Initiative von Präsident Putin reagiert haben und nach Moskau gekommen sind. Wir schätzen auch die Arbeit hoch, die die Präsidenten Putin, Alijew und der Premierminister (Armeniens – Anm. d. Red.) Paschinjan geleistet haben“, sagte Peskow. Damit beantwortete er die Frage, wie der Kreml die Verhandlungsergebnisse bewerte.

Das Ergebnis dieser Arbeit seien die stundenlangen Verhandlungen zwischen dem russischen Außenminister, Sergej Lawrow, und seinen Amtskollegen aus Armenien und Aserbaidschan gewesen, hieß es.

„Wir schätzen auch das vereinbarte Verständnis und jene Beschlüsse zu der humanitären Pause hoch, die im Anschluss an diese Kontakte gefasst wurden. Jetzt beobachten wir die Situation sehr genau, wir sehen Berichte von beiden Seiten über Verstöße, aber wir glauben, dass die Umsetzung der erzielten Vereinbarungen äußerst wichtig ist, um in Zukunft vollständig auf Kampfhandlungen zu verzichten und bei der Beilegung dieses Konflikts auf politische und diplomatische Mittel umzusteigen“, so der Kremlsprecher weiter.

Auch Sergej Lawrow äußerte sich bei dem Treffen mit seinem armenischen Amtskollegen,

Sograb Mnazakanjan, am Montag zu der Lage in Bergkarabach. Dabei stellte er fest, dass die in Moskau erzielte Vereinbarung nicht vollständig eingehalten werde.

„Ihr Besuch wurde vor ziemlich langer Zeit vereinbart, aber natürlich findet er vor dem Hintergrund ernsthafter Bemühungen statt, an denen viele Mitglieder der internationalen Gemeinschaft teilnehmen, der Bemühungen, die auf den Abbau der Spannungen in der Zone des Bergkarabach-Konflikts abzielen“, sagte Lawrow.

Am vergangenen Freitag sei in Moskau auf Initiative von Präsident Putin eine wichtige Einigung erzielt worden, fügte er hinzu.

„Und wir sehen, dass diese Vereinbarung noch nicht vollständig befolgt wird und die Kampfhandlungen weitergehen“, so der russische Außenminister. ...

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 12. Oktober 2020**

Die ukrainischen Kriegsverbrecher verletzen weiter offen die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung und gefährden das Leben der friedlichen Bevölkerung der Republik.

Beobachter der DVR im GZKK haben die **Eröffnung des Mörserfeuers** von den Positionen des 1. Bataillons der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die im Gebiet von Awdejewka stationiert ist, **in Richtung Jakowlewka** festgestellt. Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer drei 82mm-Mörsergeschosse abgefeuert.

Bemerkenswert ist, dass das Feuer in dem Moment eröffnet wurde, als Arbeiten zum Wiederaufbau der Eisenbahngleise an der Strecke „Station „Donezk“ - Station „Donezek Sewernyj“ - Station „Jasinowataja“ erfolgten. Über die Durchführung der Arbeiten an dem genannten Abschnitt war die ukrainische Seite rechtzeitig informiert worden.

Aufgrund der kriminellen Handlungen von vom Kommando der Besatzungskräfte nicht kontrollierten ukrainischen Kämpfer hat die Arbeitsgruppe die Arbeiten eingestellt und das Beschussgebiet verlassen.

Um Beschuldigungen und Provokationen zu verhindern, wurde die ukrainische Seite im GZKK im Rahmen des Koordinationsmechanismus über diesen Fall in Kenntnis gesetzt.

Wir fordern von der ukrainischen Seite Disziplinarmaßnahmen gegenüber dem Kommandeur der 54. Brigade, der nicht in der Lage ist, seine Kämpfer zu kontrollieren, einzusetzen und über die ergriffenen Maßnahmen den Koordinator der Kontaktgruppe zu informieren.

de.sputniknews.com: **Türkei unterstützt Moskauer Vereinbarungen zu Bergkarabach-Konflikt**

Die Türkei hat die am Freitag in Russland erzielten Vereinbarungen im Konflikt um die Kaukasus-Region Bergkarabach unterstützt. Das gab der russische Außenminister Sergej Lawrow am Montag bekannt.

„Ich habe den türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu kontaktiert und ihn darüber informiert, dass wir mit der Unterstützung unserer Bemühungen rechnen. Am Sonntag hatten wir wieder ein Telefongespräch, bei dem er die Unterstützung für das Moskauer Dokument bekräftigte“, sagte Lawrow auf einer Pressekonferenz.

Nun solle erzielt werden, dass die Vereinbarungen wirklich funktionieren. „Damit beschäftigen wir uns gerade“. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/16/327983854_0:0:3084:1669_1000x0_80_0_1_ca9db8bb3df8d125834c540f76b0e90f.jpg

de.sputniknews.com: **Für Bau von Nord Stream 2 geeignetes Schiff verlässt russischen Hafen**

Das russische Versorgungsschiff „Iwan Sidorenko“ hat den Hafen Swetly bei Kaliningrad verlassen. Das geht aus Angaben des Navigationsportals Marine Traffic hervor.

Das Schiff ist für Arbeiten mit Halbtaucher-Bohrplattformen geeignet und hat einen uneingeschränkten Fahrtbereich. Seit Juli befand es sich mit einem weiteren Schiff dieses Typs, der „Ostap Scheremet“, bei Kaliningrad. Die „Ostap Scheremet“ ist nach wie vor im Hafen.

Anfang September traf die „Iwan Sidorenko“ in St. Petersburg ein. Von dort steuerte sie den deutschen Hafen Mukran auf Rügen, der logistischen Basis für das Projekt Nord Stream 2, an. Nach weniger als einem Tag Ankerzeit in Mukran kehrte das Schiff nach Russland zurück. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/11/327949915_0:18:3076:1682_1000x0_80_0_1_a5b11bac14fe11053f9b9e0e4ba18564.jpg

de.sputniknews.com: **Im Namen von Tichanowskaja: Russische Witzbolde rufen dänische Parlamentarier an**

Die russischen Komiker Wowan (Wladimir Kusnezow) und Lexus (Alexej Stoljarow) haben laut der Nachrichtenagentur RIA Novosti in einem Telefongespräch mit Abgeordneten des dänischen Parlaments die EU-Sanktionen gegen Weißrussland besprochen. Dabei gaben sich die Witzbolde als die weißrussische Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja aus. Zuvor teilte der Pressedienst des dänischen Parlaments mit, dass sich am 6. Oktober ein Unbekannter dem Online-Treffen des außenpolitischen Ausschusses des dänischen Parlaments angeschlossen hätte. Dabei gab sich der Unbekannte als Swetlana Tichanowskaja aus,

weigerte sich aber, wegen technischer Schwierigkeiten die Kamera einzuschalten. So hätten die dänischen Politiker „Tichanowskaja“ nicht gesehen, so der Pressedienst.

Schon nach dem Treffen rief der Ausschuss die Vertreter von Swetlana Tichanowskaja an, welche bestätigten, dass sich eine andere Person als sie ausgegeben hätte. Dabei sagte der Sprecher von Tichanowskaja, dass das Umfeld der weißrussischen Politikerin daran nichts Schlechtes sehe und diesen Vorfall als einen Grund zum Lachen betrachte.

Auch die russischen Pranker teilten gegenüber RIA Novosti mit, dass sie tatsächlich aus Spaß die dänischen Abgeordneten angerufen und sich dabei als Swetlana Tichanowskaja und ihren Berater Franak Wjatschorka ausgegeben hätten.

Den russischen Komikern zufolge wurden zu Beginn des Gesprächs die Situation in Weißrussland, die europäischen Sanktionen gegen weißrussische Behörden sowie Russland, das Präsident Alexander Lukaschenko unterstützt, besprochen. Dabei sagte „Tichanowskaja“, dass sie „sehr traurig über die Weigerung der EU, Lukaschenko auf die Sanktionsliste zu setzen“, sei. Zudem war auch die Rede von den möglichen Sanktionen gegen die Gaspipeline Nord Stream 2.

Dabei versicherten die Abgeordneten der „weißrussischen Politikerin“, dass sie selbst „gerne Sanktionen gegen Nord Stream 2 verhängen würden, aber keinen rechtlichen Grund dafür hätten, die Umsetzung des Projekts zu stoppen“.

Gleichzeitig antwortete der Vorsitzende des Ausschusses, Martin Lidegaard, auf die Frage über Dänemarks Position in Bezug auf Sanktionen gegen die russischen Behörden aufgrund der angespannten Lage in Weißrussland:

„Dänemarks Position besteht darin, dass man darauf mithilfe von Sanktionen reagieren muss“, sagte der Politiker.

Außerdem sagte er, dass es jetzt innerhalb der EU lebhaftere Diskussionen zu diesem Thema gebe. Allerdings sei die dänische Regierung nicht bereit, die Sanktionen alleine zu verhängen. „Dies kann nur zusammen mit anderen EU-Ländern geschehen“, sagte Lidegaard.

Wowan und Lexus

Das russische Komikerduo ist für seine Streiche mit Prominenten bekannt. Unter den Opfern waren unter anderem Politiker wie Boris Johnson, Andrzej Duda und Bernie Sanders sowie der britische Popstar Elton John und der US-Schauspieler Joaquin Phoenix.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31677/94/316779416_0:59:2500:1409_1000x0_800_1_8f42b2fdd73ecc261d7055906083c2ff.jpg

Wpered.su: In der DVR wurde vorgeschlagen, die Donezker Nationaluniversität nach Wsewolod Petrowskij zu benennen

Auf der Seite der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ wurde eine Petition veröffentlicht, in der vorgeschlagen wird, die Donezker Nationaluniversität nach Wsewolod Petrowskij zu benennen. Diese Initiative kann man über folgenden Link unterstützen.

„Wsewolod Petrowskij ist ein Absolvent der historischen Fakultät der DonNU. „Historiker, Dichter, Philosoph, Kommissar der Brigade „Prizrak“ - das steht über ihm auf der Gedenktafel, die am Hauptgebäude der DonNU angebracht ist. Außerdem war er Kriegskorrespondent und Milizangehöriger, der bei der Deckung der Bergung Verletzter starb.

Wsewolod kann als Vorbild zur Nachahmung für die Absolventen der Universität betrachtet werden: die Studenten werden zur nationalen Intelligenz, die bereit ist, sich im Namen von Idealen und des Volks zu opfern.

Die Benennung der DonNU nach dem dem Donbass unendlich nahen Wsewolod Petrowskij wird einen Aufschwung der Selbsterkenntnis der Jugend befördern. Diese Entscheidung wird endgültig einen Schlussstrich unter die von Ukrainern kultivierte Idee ziehen, die DonNU des vom Donbass unendlich weit entfernten Wassilij Stus zu benennen, heißt es in der Mitteilung.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2017/02/10940588_1016022071760402_2423854236957684328_n.jpg

de.sputniknews.com: **Im Notfall: Belarus will Einsatz von Kampfaffen gegen Demonstranten erlauben**

Die belarussischen Sicherheitskräfte werden bei Bedarf Kampfaffen gegen Demonstranten einsetzen, teilte das Innenministerium der Republik mit.

„Die Proteste, die sich hauptsächlich nach Minsk verlagert haben, sind organisiert und äußerst radikal geworden. In dieser Hinsicht werden die Mitarbeiter des Innenministeriums und die Soldaten der internen Truppen die Straßen nicht verlassen und erforderlichenfalls spezielle Ausrüstung und Kampfaffen einsetzen“, heißt es in einer auf Telegram veröffentlichten Erklärung des Ministeriums.

Die Behörden sind laut dem stellvertretenden Minister Gennadi Kasakewitsch nicht nur Aggressionen ausgesetzt, sondern auch Gruppen von Militanten, Radikalen, Anarchisten und Fußballfans.

„Offensichtlich versuchen sie, Weißrussland in das Chaos der 90er Jahre zu stürzen und es zu zwingen, den traurigen Weg der Republiken zu gehen, die die Farbrevolutionen überlebt haben. Im Namen des Innenministeriums erkläre ich: Wir werden die Straßen nicht verlassen und für Ordnung im Land sorgen“, sagte Kasakewitsch abschließend. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1c/328013927_0:35:2901:1605_1000x0_80_0_1_10f10b46a5fe6403ae99a2b352b877ec.jpg

abends:

denis-pushilin.ru: Der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij, der über seine Bereitschaft sprach, sein Amt niederzulegen, falls er den Bürgerkrieg im Donbass nicht beenden können, hat seinen Unwillen, den Konflikt zu beenden, deutlich gemacht. Nach so etwas sollte er zurücktreten. Dies erklärte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin gegenüber einem Korrespondenten der Föderalen Nachrichtenagentur.

Zuvor hatte der Präsident der Ukraine seine Bereitschaft erklärt, sein Amt niederzulegen, wenn er den Krieg im Donbass nicht beenden können würde.

„Für mich ist das überhaupt kein Problem. Ich klammere mich nicht an Ratings und Macht. Wenn ich den Krieg nicht beenden können sollte, heißt das, es muss ein anderer Mensch kommen, der in der Lage ist, diese tragische Geschichte zu beenden“, erklärte er.

Wie Denis Puschilin anmerkte, ist es logisch, nach solchen Erklärungen zurückzutreten.

Erstes, merkte das Republikoberhaupt an, wäre es in der Zeit, in der Wladimir Selenskij sich an der Macht befand, schon lange möglich gewesen, den Krieg zu beenden. Das heißt, er hatte und hat keine realen Absichten – die Bedingungen des Waffenstillstands erfüllt die Ukraine nicht.

„Zweitens demonstriert Selenskij öffentlich, dass die DVR und die LVR keine Konfliktseiten seien, aber gerade mit uns muss die Ukraine Vereinbarungen treffen. Er versichert, dass Subjekte im Minsker Prozess die Ukraine und Russlands unter Vermittlung der OSZE sind. Über was kann man da sprechen?!“, erklärte Denis Puschilin.

Nach Auffassung des Oberhauptes der DVR ist es kaum möglich, irgendeinen Fortschritt in der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass zu prognostizieren, wenn bewusst Begriffe ausgetauscht werden, der gesamte Sinn der Minsker Vereinbarungen entstellt wird.

„Faktisch sind das Geständnisse Selenskij's – eine Unterschrift unter seinen Unwillen, den Krieg zu beenden. Unter solchen Bedingungen ist ein Rücktritt die beste Variante für alle“, schloss Denis Puschilin.